

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Nr. 14.

Berlin, den 17. Dezember 1916.

11. Jahrgang.

Kriegsziele und Friedensforderungen.

II.

Die in der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes aufgeführten Forderungen der deutschen Eroberungspolitiker werden von ihren Verfechtern nicht etwa als platonisch-theoretische Programme behandelt, die man formuliert, der Welt bekannt gibt und dann wieder in die Schublade steckt. Sie werden vielmehr Tag für Tag mit zäher Energie in der Presse, in Versammlungsreden, in Broschüren verfochten, erläutert, breit getreten und erweitert. Neben der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die wir in der vorigen Nummer zitiert haben, ist es vor allem die „Deutsche Tageszeitung“, in der Graf Reventlow als fanatischer Machtpolitiker die weitgehendsten Eroberungspläne und Kriegsziele aufstellt. Nicht minder geschieht das in der „Kreuzzeitung“, der „Post“, sowie in der ganzen konservativen, nationalliberalen, ja sogar dem größten Teile der freisinnigen Provinzpresse. Diese Zeitungen sind das Sprachrohr des großen und mittleren Kapitals in Landwirtschaft und Industrie, also der Kreise, die im Gegenwartsstaate einen überwiegenden Einfluß auf die Regierungsgewalt haben. Ein aufmerksames Studium der verschiedenen Armeezeitungen, die ausschließlich von Offizieren geleitet und kontrolliert werden, zeigt aber, daß auch die führenden militärischen Kreise, zu denen das lärgliche halbe Duzend „sozialdemokratischer“ Landwehrleutnants nicht gehört, mehr oder weniger entschieden auf dem Boden der von den Wirtschaftsverbänden und Alldeutschen aufgestellten Kriegszielen stehen.

Ähnlich ist die Situation in Frankreich, England usw. Auch hier sind es die gleichen bürgerlich-kapitalistischen Kreise, die Eroberungsforderungen aufstellen und mit den Eroberungsabsichten des Gegners begründen. Wie beim Fußballspiel werfen sich die Eroberungspolitiker in allen Lagern gegenseitig den Ball ihrer Annexionsforderungen zu, und je schneller und wichtiger der Ball ins feindliche Lager hinüberfliegt, desto leidenschaftlicher wird er wieder zurückgeschleudert. Und da auf keiner Seite von einem „Sieg“ im Zerschmetterungssinne gesprochen werden kann, treiben die Eroberungs- und Annexions-tendenzen auf allen Seiten zu einer Verlängerung des Krieges und einem Verbluten und Erschöpfen der Völker, das jahrzehntelange Friedensarbeit kaum wieder gut machen kann.

Ja, es gibt sogar Leute unter den Annexionspropheten, die da sagen: Was wir jetzt in diesem Kriege nicht bekommen können, müssen wir uns in einem nächsten Kriege holen. In diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel kürzlich die „Post“.

Die Mehrheitssozialisten der einzelnen Länder haben es nicht an platonischen Erklärungen gegen die ausschweifenden Eroberungspläne fehlen lassen. Der deutsche Parteivorstand hat ein ganzes Buch über seine „Friedensarbeit“ herausgegeben. Warum haben aber alle diese Erklärungen keinen praktischen Erfolg gehabt? Weil die durch Burgfrieden und „heilige Einigkeit“ mit den Regierungen und bürgerlichen Parteien zu einer geschlossenen Kriegspolitik verpflichteten Mehrheitssozialisten einander nicht trauen. Sie hören aus dem Chor der Gegner immer nur die lauten Eroberungstimmen, denn sie brauchen diese Stimmen, um ihre Kriegspolitik vor den Arbeitern des eigenen Landes zu rechtfertigen. Und da sie sich alle auf die einseitige und unzulängliche These vom Verteidigungskriege festgelegt haben, müssen sie die Regierungsozialisten im feindlichen Lager, die nichts anderes tun, als was sie selbst im eigenen Hause machen, als Friedensfeinde oder unehrliche Friedensfreunde bezeichnen. Darum sind die platonischen Friedenswünsche der Mehrheitssozialisten zur Unfruchtbarkeit verdammt. Es sind politische Deklamationen, zu denen die Taten dieser sozialistischen Friedenspolitiker in Widerspruch stehen. Solange die Mehrheitssozialisten Arm in Arm mit den Regierungen und den verschiedenen Eroberungspolitikern oder gemäßigten „Angliederungs- oder Sicherungsaposteln“ gehen, wenn es sich um greifbare Handlungen, wie Kreditbewilligung, Teilnahme an der Regierung, Schaffung von Kriegsgesetzen usw. handelt, solange glaubt die Gegenseite nicht an die Ehrlichkeit ihrer Friedensziele, hält sich vielmehr für verpflichtet, nun ihrerseits allen kriegsverlängernden Maßnahmen ihrer Regierung zustimmen zu müssen. Die Vorgänge der letzten Zeit zeigen das zur Genüge: dem deutschen Zivildienstgesetz mit dem „Munitionsminister“ Schlöde folgt in England das Ministerium Lloyd George mit 3 Vertretern der Arbeiterpartei, die wüste Eroberungsrede des russischen Ministerpräsidenten wird von dem französischen Regierungsozialisten Renaudel mit Redensarten abgetan, die auf eine Beschönigung hinauslaufen usw.

Wenn der Friede von den Mehrheitssozialisten der einzelnen Länder abhinge, würde sein

Kommen genau solange Zeit erfordern wie die Verwirklichung der Einverleibungsziele der Eroberungspolitiker. Daran ändern auch die platonischen Verständigungspredigten nichts, die von Scheidemann oder im Vorstands-„Vorwärts“ jetzt gehalten werden. Wir haben von dem, was wir über Scheidemanns Friedenstätigkeit in den vorangegangenen Nummern des Mitteilungsblattes gesagt haben, kein Wort zurückzunehmen. Man kann nicht als ehrlicher Friedensanwalt gelten, wenn man zwei Jahre lang auf Gedeih und Verderb die praktische Kriegspolitik der bürgerlichen Welt mitgemacht hat und bis auf den heutigen Tag mitmacht, wenn man trotz aller journalistischen Rahmhalgereien mit den Verfechtern einer rücksichtslosen Annexionspolitik allen realen Kriegsforderungen in gleicher Front mit diesen Eroberungspolitikern zustimmt, wenn man zwei Jahre lang auf die, die schon vor Scheidemann für eine Verständigung eingetreten sind, losschlägt, wenn man in der eigenen Partei den Kampf täglich verschärft und verbittert.

Scheidemanns und des Vorstands-„Vorwärts“ Friedensziele finden im Auslande kein dankbares Echo, weil man dort genau weiß, daß im Lager der deutschen Mehrheitssozialisten Leute sind, die in ihren Kriegszielforderungen sich nur der Form, nicht dem Wesen nach von den Alldeutschen unterscheiden. Da spottet ein *Leusch* über die „Friedensillusionen“ Scheidemanns und will mit *Cunow*, *Heilmann* und vielen anderen England auf die Knie zwingen. Wo bleibt da die Verständigungstheorie? Ist das nicht ein Vernichtungsplan, wie ihn die Alldeutschen auch nicht gründlicher aufstellen können? Ein *Quessel* schreibt sich die Finger wund, um den deutschen Arbeitern klar zu machen, wie notwendig ein großes Kolonialreich und eine starke Flottenmacht — natürlich auf Kosten Englands — für sie sei. Das Ausland weiß ganz genau, daß die sozialistischen Eroberungs- und Zerschmetterungsapostel dem Herzen Scheidemanns viel näher stehen, als die Vertreter der Minderheit, die von jeher für eine Verständigung eingetreten sind, es weiß ganz genau, daß die Gedankengänge der *Leusch*, *Quessel* usw. in mehr oder weniger klarer Form in der sozialdemokratischen Mehrheitspresse Deutschlands zum Ausdruck kommen, wie kann man da erwarten, daß es den Friedensreden eines der hervorragendsten Wortführer dieser Mehrheit Vertrauen schenkt, daß es auf die Friedensartikel des mit Regierungshilfe zum ausgesprochenen Mehrheitsorgan gewordenen Vorstands-„Vorwärts“ Wert legt? —

Das einzige Mittel, den Kriegszielforderungen der Eroberungspolitiker entgegen zu wirken und den durch Regierungsgewalt und Kriegsheker gelähmten Friedenswillen der Völker des feindlichen Auslandes zu lebendiger Kraftäußerung zu wecken, besteht darin, eine *Verständigungspolitik* der Tat und nicht der Worte zu treiben. Die heißesten Friedenswünsche, die schönsten Friedensreden und Friedensartikel sind

unfruchtbar, wenn die parlamentarischen und politischen Taten dieser Friedensboten sich in ihrer Wirkung in nichts unterscheiden von den Taten der Eroberungs- und Sicherungspropheten. Einem so gewandten Staatsmanne wie Scheidemann und so klugen Köpfen, wie sie jetzt im Vorstands-„Vorwärts“ den wahren Sozialismus und die echte Demokratie verfechten, brauchen wir nicht klar zu machen, was unter solchen Taten zu verstehen ist. Bald wird man mit neuen Milliardenforderungen zur Verlängerung des Krieges kommen, da können Scheidemann und die um ihn zeigen, ob es ihnen um ihre Friedensforderungen ebenso ernst ist, wie den entschiedenen und „flauen“ Eroberungspolitikern um ihre Kriegsziele.

* * *

Die vorstehenden Zeilen waren vor dem 12. Dezember geschrieben worden. An diesem Tage wurde im Reichstage

das Friedensangebot der deutschen Regierung bekannt gegeben. Sicher ein hochbedeutungsvolles Ereignis, dem man um des heißersehnten Friedens willen vollen Erfolg wünschen möchte. Aber mit bloßen Wünschen ist in dieser grausamen, von Haß und Hader erfüllten Zeit nichts erreicht. Daher läßt sich zurzeit auch nichts Entscheidendes über die Wirkung des deutschen Friedensangebotes sagen, denn Nachrichten über die Aufnahme des Angebotes bei den feindlichen Regierungen liegen noch nicht vor, wenn diese Zeilen in Druck gehen müssen. Wir stimmen aber dem Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, *Theodor Wolff*, zu, wenn er schreibt, daß man der Antwort der Entente-Regierungen nicht mit zu großen Erwartungen entgegen sehen soll. Das Angebot der deutschen Regierung sei ohne vorherige Fühlungnahme und ohne Vorbesprechungen mit den feindlichen Mächten erfolgt. Es trifft daher bei allen Völkern, einschließlich Deutschlands, auf eine geistige Atmosphäre, die einerseits durch den Gang der Kriegsereignisse, andererseits aber durch die bisherigen Erörterungen über die Kriegsziele und die Friedensforderungen beeinflusst worden ist. Ueberall werden die, die den Frieden auf Grund einer Verständigung wollten, das deutsche Angebot mit anderen Ohren hören als die, die den Gegner zerschmettern wollen und weitgehende Eroberungen fordern. Und da die deutsche Regierung vermieden hat, ihre Kriegsziele in dem Angebote klar und unzweideutig anzugeben, da noch nicht feststeht, welchen greifbaren Preis sie für den Abschluß des von ihr angebotenen Friedens stellt, werden die Verständigungs- wie die Annexionspolitiker auf allen Seiten noch ein reiches Feld zu agitatorischer Betätigung haben.

Darum hat auch das, was wir vor dem 12. Dezember über Kriegsziele und Friedensforderungen geschrieben haben, seine volle Berechtigung. Kann es doch zur Aufklärung über die Friedensaussichten beitragen und Aufschluß geben über die Widerstände, auf die das deutsche Angebot drinnen und draußen stoßen wird. Gerade wir, die wir

den brennenden Wunsch nach einem recht baldigen Frieden und nach einer, neue Völkerkatastrophen ausschließenden Verständigung im Herzen tragen, müssen uns vor Illusionen hüten und den harten, ohne unsere Mitschuld vom Kriege geschaffenen Tatsachen ins Gesicht schauen, um vor schweren Enttäuschungen bewahrt zu bleiben. Gab es doch in diesen Tagen genug naive und politisch ungeschulte Leute, die in ihrer, ach so begreiflichen, leidenschaftlichen Friedenssehnsucht der Meinung waren, das deutsche Friedensangebot sei schon der Friede selbst.

Wie recht wir mit der Feststellung haben, daß die Aussichten des deutschen Friedensangebotes beeinflusst werden durch die bisherigen Erörterungen über die Kriegsziele und Friedensforderungen, zeigt schon ein Blick in die deutsche Presse, soweit sie uns zurzeit zur Verfügung steht. Die Zeitungen, die als Sprachrohr der Kreise dienen, die für Eroberungen eintreten, machen zu dem Vorgehen der deutschen Regierung ein ganz anderes Gesicht als die Blätter, die mehr oder weniger entschieden auf dem Boden einer Verständigung stehen.

Der Vorstands-Vorwärts bleibt feiner, im ersten Teile dieses Artikels geschilderten Methode aller Mehrheitssozialisten treu: Er verweist mit Nachdruck auf die Fehler der — Anderen:

„Die Sozialisten Frankreichs gehören noch immer einer Regierung an, deren Verbündeter an der Newa seine militärische Anzulänglichkeit drapiert. Und die englischen Arbeiterparteiern sind eben in ein Kabinett eingetreten, dessen Programm der Krieg bis zum Ende ist.“

Man kann mit tödlicher Sicherheit annehmen, daß auf diese Anzapfung die französischen Regierungssozialisten und die Kriegspolitiker der englischen Arbeiterpartei den Ball aufgreifen und ihrerseits mit Vorwürfen gegen die deutschen Mehrheitssozialisten kommen werden, die 28 Monate lang die Kriegspolitik ihrer Regierung gestützt haben und auch jetzt die Friedenspolitik der Regierung restlos zu ihrer eigenen sozialdemokratischen Friedenspolitik machen. Es fällt das wahrhaftig nicht leicht, in einer so bitter-ernsten und folgenschweren Frage, wie es die Friedensfrage ist, anzukämpfen gegen Leute, die behaupten, daß auch sie für den Frieden eintreten. Aber die Methoden, die vom Vorstands-Vorwärts und den Männern, die hinter ihm stehen, angewendet werden, sind nicht dazu angetan, bei den Sozialisten und Arbeitern des feindlichen Auslandes den Boden zu bereiten, auf dem die Friedenssaat Wurzel schlagen kann. Die auf die Kriegspolitik eingeschworenen Regierungssozialisten des feindlichen Auslandes werden die deutschen Vorwürfe mit ähnlichen Vorwürfen beantworten. Die auf dem Boden einer internationalen Verständigung stehenden sozialistischen Kriegsgegner des Auslandes aber werden nach den Erfahrungen, die sie in 28 Monaten mit den deutschen

Mehrheitssozialisten gemacht haben, skeptisch die Achseln zucken, wenn sie jetzt im 29. Kriegsmonat aus dem Vorstands-Vorwärts, dem Organ eben dieser Mehrheitssozialisten, hören, „der Geist des internationalen Sozialismus, der sie auffordert, für die rasche Beendigung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu wirken, ist in ihnen (den deutschen Mehrheitssozialisten) nicht tot. Er ist lebendige Kraft auch in dieser Zeit.“

Daß die Friedenspolitik der deutschen Mehrheitssozialisten diese Wirkung im Auslande haben wird, dafür haben wir im ersten Teil dieses Artikels und an anderen Stellen dieses Mitteilungsblattes genügend Belege erbracht. Wir machen diese Feststellungen nicht der Lust am Streite willen, dazu ist uns die Sache des Friedens von je her zu heilig und zu ernst gewesen — schon zu einer Zeit, als Scheidemann und die um ihn das Durchhalten bis zum endgültigen Siege predigten. Wir verweisen auf diese Tatsachen, damit die Genossen nicht überrascht werden, wenn das deutsche Friedensangebot und das eifrige Friedenswerben der deutschen Mehrheitssozialisten bei den Sozialisten und Arbeitern des Auslandes nicht das Echo finden, das wir alle im Interesse einer schnellen Beendigung des Völkewürgens wünschen.

Zur Charakteristik der Wirkung des deutschen Friedensangebotes im Inlande mag die Tatsache dienen, daß die Vertreter der Rechten des Reichstages, d. h. die Kreise, die eine weitgehende Eroberungs- und Zerschmetterungspolitik verfechten, den Ausführungen des Reichskanzlers keinen Beifall zollten. Wichtig zur Beurteilung der Wirkung des Friedensangebotes sind auch die Presseäußerungen, die aus diesen Kreisen kommen. Denn diese Presseäußerungen werden von den Kriegsparteien des Auslandes am meisten beachtet und werden sicherlich als Argumente für ihre Stellungnahme zu dem deutschen Angebote verwendet.

Die „Post“ sagt z. B. zu dem Friedensangebot der Regierung: „Schärfere Fassung tut not.“ Was sie darunter versteht, geht aus folgenden Sätzen hervor:

.... Zu diesem Ende hätte nun aber eine straffere Fassung der amtlichen Kundgebung glücklicher zu Gesicht gestanden. Das Friedensangebot an sich ist ja, wenn wir die Umstände sorglich wägen, nicht der Schwerpunkt, um den unsere Interessen kreisen; viel lebhafter fesseln unsern Sinnen und Trachten die Bedingungen der allgemeinen Lage, die eintreten werden, sobald das deutsche Angebot Ablehnung findet. Wir wissen, daß die Lösung heißen muß: Krieg bis aufs Messer! Und hierin eben bedurfte die deutsche Note der Ergänzung durch ein kräftiges Wort, noch besser durch eine große Tat, wenn sie recht eigentlich zur Sanftmütigkeit der deutschen Zuvorfahrt werden soll. Das Wort: „Wir bieten Frieden“ klingt im Munde des Siegers wohl selbstbewußt, redlich und gerecht; wenn es aber, drohend zugespielt, lautete: „Wir bieten dir, England, Frieden, — doch wenn du im Guten nicht willst, so hast du im Bösen den fürchtbarsten Krieg, den je die Erde sah, mit neuer, unerhörter Kraft,“ — dann erst hätte die Welt das

rechte Bild der unerschütterlichen und siegesgewissen deutschen Macht.

Daß auch die „Deutsche Tageszeitung“ eine ganze Reihe von Bedenken und Sorgen ob des Friedensangebotes der Regierung hat, ist selbstverständlich. Vor allem wünscht sie, die Erklärung hätte viel mehr Nachdruck auf die Tatsache legen müssen, daß Deutschland sein Friedensangebot als Sieger machen und „daß unsere Ansprüche mit jedem Tage wachsen und wachsen werden, um den der Wille unserer Feinde den Krieg verlängert.“ Worin die Ansprüche der Kreise, deren Sprachrohr die „Deutsche Tageszeitung“ ist, bestehen, haben wir in der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes im ersten Kriegszielartikel dargelegt. Wenn jetzt deren „Wachse“ in Aussicht gestellt wird, so heißt dies in verständliches Deutsch übertragen, daß die gegenwärtig von der „Deutschen Tageszeitung“ und ihren Gesinnungsfreunden aufgestellten Ansprüche die Grundlage des deutschen Friedensangebotes bilden sollen.

Die entschieden alldeutsche „Tägliche Rundschau“ hat wegen des Friedensangebotes auch schwere Sorgen. Sie schreibt:

...Schlimmer ist die Wahrscheinlichkeit, daß unsere Feinde auf unser Friedensangebot mit unerfüllbaren Friedensvorschlügen antworten, Scheinverhandlungen pflegen und so die Kriegsstimmung unseres Volkes und die unserer Verbündeten zu erschüttern versuchen, um endlich mit Hilfe des neutralen Amerika den letzten Druck auszuüben. Es ist die Pflicht unserer Diplomatie, die die ungeheure Verantwortung dieses Schrittes allein übernommen hat, den Gefahren, die sich durch eine Verzettlung und Verwirrung der Angelegenheit ergeben, rechtzeitig zu begegnen nach innen und nach außen. Nach innen namentlich auch gegenüber der pazifistischen Richtung, die mitten während des Krieges bei uns von Anfang an gefördert worden ist (??? Die Red. d. M.) und deren Willen und Wunsch auch diesen Schritt gelenkt haben dürfte. Die deutsche Regierung hat mit ihrem Friedensangebot nicht nur für England und Frankreich, sondern selbst für die Herren Ledebour und Gothein klärlieh bewiesen, daß sie von aufrichtigster, bis zur Grenze des zu verantwortenden gehenden Friedensbereitschaft erfüllt ist; sie muß aber auch verlangen, daß der zu erstrebende Frieden nicht von vornherein durch die Vertretung fremder Interessen und Nichtachtung deutscher Lebensnotwendigkeiten gestört und beeinträchtigt wird. Wenn Herr Th. Wolff im „B. Z.“ dem Auslande erzählt, daß sich ein Teil des deutschen Volkes in Weltheroberungsträumen wiege, so ist das ein Privatphantom von ihm, auf das er wie auf seine preiswerte Erfindung der Heimkrieger alleiniges Patentrecht besitzt. Wenn aber derselbe Herr Gothein, der vor dem Kriege die deutsche Wehrfähigkeit mit Fanatismus bekämpfte, nunmehr, nachdem uns dieser deutsche Militarismus unser Land gesichert, daran geht, die mit deutschem Blute erkämpften fremden Gebiete förmlich als wertlos anzubieten, so ist das für die Kampf Stimmung zu Hause und im Schützengraben ebenso verderblich, wie wenn Herr Scheidemann mit kühler Gelassenheit gegen die bei einem schlechten Frieden unausbleibliche Verlesung der Massen erklärt: „Es werde wieder, wie es war, und jedes Land trägt seine eigenen Lasten.“ Nach außen aber muß unsere Regierung dafür sorgen, daß sich nicht in etwaige Friedensverhandlungen eine unerwünschte, weil uns von Herzen feindliche Friedensvermittlung eines großen „neutralen“ Staates mischt, die wir nach unserem eigenen Vorgehen erst recht nicht mehr nötig haben. Endlich erwarten wir, daß, wenn

auch dieser Friedensantrag abgelehnt wird, sich auch unsere Pazifisten in den Parteien und in der Regierung endlich mit den harten Tatsachen abfinden und den von der Entente gewollten Krieg mit allen uns zur Verfügung stehenden und bis heute nicht ausgenutzten Machtmitteln zu Ende führen. Das Friedensangebot der deutschen Regierung wird wenigstens den einen Vorteil haben, eine Klärung herbeizuführen, die für uns von Nutzen sein kann aber nur, wenn wir die Entschlossenheit haben, aus ihr die Folgerungen zu ziehen.

Wir müssen es aus Raumgründen mit diesen Preßstimmen bewenden lassen. Es ließe sich dazu noch vieles sagen, wie auch zu dem Friedensangebot und zu den Friedensmöglichkeiten noch mancherlei zu sagen wäre. Wir müssen aber — nicht allein aus Raumgründen — darauf verzichten. Unsere Leser, die gleich uns auf dem Boden einer vollen, rücksichtslosen Verständigung ohne Eroberungen stehen, müssen sich aus allem, was wir über die Kriegsziele und das Friedensangebot gesagt haben, selbst ein Urteil über die gegenwärtigen Aussichten einer solchen Verständigung bilden. Daneben haben sie aber auch die Pflicht, der Welt kund zu tun, daß die „Post“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Tägliche Rundschau“ usw. nicht mehr „das ganze deutsche Volk“ für ihre Anschauungen ins Feld führen können und daß ebensowenig die 28 monatliche Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten die ihre gewesen ist. Je deutlicher das die deutsche Arbeiterschaft kundgibt, desto friedenswilliger werden auch die Arbeiter des feindlichen Auslandes sein. In diesem Sinne verdient die nachstehende

Erklärung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft

Beachtung.

„Die Einleitung von Friedensverhandlungen haben wir von Anfang an gefordert, getreu der Solidarität der Völker, wie sie die Sozialdemokratie auf ihren nationalen und internationalen Kongressen klar und entschieden zum Leitstern der auswärtigen Politik des Proletariats gemacht hat. Dabei sind wir von der Gewißheit getragen, daß die demokratischen Volksmassen in allen Ländern mit den anderen Völkern in einem Frieden leben wollen, der allen die freie Selbstbestimmung gewährt. Jeder Schritt in dieser Richtung ist deshalb unserer Unterstützung sicher.“

Die deutsche Regierung hat mit ihren Verbündeten den Regierungen der gegnerischen Staaten eine Note zugestellt, in der sie sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt. Soll diese Note zum Frieden führen, dann ist notwendig, daß in allen Ländern der Gedanke an Annexionen fremden Gebietes, an politische, wirtschaftliche oder militärische Unterwerfung irgendeines Volkes unter eine andere Staatsgewalt unzweideutig abgewiesen wird.

Getreu unseren Grundsätzen, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Vergewaltigung eines Volkes. Pläne dieser Art führen nur zur Ver-

schärfung und Verlängerung dieses Krieges und bergen den Keim neuer Kriege in sich. Soll die Dauer des Friedens gewährleistet werden, so ist vielmehr erforderlich, daß durch internationale Vereinbarungen überall die Rüstungen eingeschränkt und alle Streitigkeiten der Völker zur Schlichtung Schiedsgerichten unterbreitet werden.

Von den Bedingungen, unter denen die Regierung Friedensverhandlungen einleiten will, erfahren Volk und Volksvertretung nichts. Somit bleibt das für den Erfolg Entscheidende im Dunkel. Wir fordern die Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Rebewendungen, die verschiedene Deutungen zulassen, rufen Mißtrauen hervor, erschweren oder vereiteln gar das Zustandekommen von Friedensverhandlungen.

Nach allen Grundsätzen wahrhaft demokratischen Lebens dürfte eine Kundgebung von solcher Tragweite wie das Friedensangebot nicht ohne Mitwirkung der Volksvertretung in die Welt gehen.

Der Reichstag hat aber die Nichtachtung der Volksvertretung durch die Regierung noch übertrumpft, indem er, ebenso wie vorher schon bei der Proklamierung des Königreichs Polen, auch jetzt wieder sich selbst ausgeschaltet hat. Der von uns wie von den Nationalliberalen und den Konservativen gestellte Antrag auf Besprechung der vom Reichskanzler gehaltenen Rede wurde vom Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. So ist die Stimme des werktätigen Volkes in einem wichtigen Moment nicht zu Gehör gekommen. Die Volksmassen sind nun wie in den anderen Ländern so auch bei uns berufen, darauf zu dringen, daß dem materiellen und moralischen Elend des Krieges, in das sie wider ihren Willen gestürzt sind, ein Ende gemacht wird, daß ein Friede zustande kommt, der der Verbrüderung der Völker die Wege ebnet.

Berlin, den 12. Dezember 1916.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Reichstag:

Bernstein. Bock. Büchner. Dr. Cohn. Dittmann. Geyer. Haase. Hente. Dr. Herzfeld. Horn (Sachsen). Kunert. Ledebour. Kyffel. Schwarz (Lübeck). Stadthagen. Stolle. Vogtherr. Wurm. Zubeil."

August Bebel über Stellung und Pflichten eines Parteiführers. *)

Der Führer einer Partei wird wirklicher Führer nur durch das, was er nach seinen Kräften und Fähigkeiten der Partei als ehrlicher Mann leistet. Das Höchste zu leisten, was er vermag, ist die Pflicht und Sündigkeit eines jeden, der in einer demokratischen Bewegung steht und zu ihr gehört. Durch seine Leistung erwirbt er sich das Vertrauen der Masse, und

diese stellt ihn deshalb als Führer an die Spitze. Aber nur als ihren ersten Vertrauensmann, nicht als ihren Herrn, dem sie blindlings zu gehorchen haben. Er ist der erwählte Verfechter ihrer Forderungen, der Dolmetsch ihrer Sehnsucht, ihrer Hoffnungen und Wünsche. Solange der Führer dieser Aufgabe gerecht wird, ist er der Vertrauensmann einer Partei; sieht diese aber, daß sie getäuscht und betrogen und auf Irrwege geführt werden soll, dann ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, dem Führer die Führerschaft zu entreißen und ihm ihr Vertrauen zu nehmen. Eine Partei ist nicht der Führer wegen da, sondern die Führer der Partei wegen. Und da jede Machtstellung in sich die Gefahr des Mißbrauchs enthält, hat die Partei die Pflicht, die Handlungen ihrer Führer unter scharfer Kontrolle zu nehmen.

... Die Massen sind nie undankbar, vorausgesetzt, solange sie an die Ehrlichkeit ihrer Führer glauben. Und sie sind schwer zu überzeugen, daß sie betrogen werden, wenn sie erst jemand ihr Vertrauen schenken.

Vorwärts-Raub und Gewerkschaften.

Der Verlag des „Vorwärts“ wendet sich in Aufrufen an die Gewerkschaften, um ihnen darzulegen, daß sie jetzt den neuen „Vorwärts“ besonders unterstützen müßten. Der „Vorwärts“ sei das Organ der freien Gewerkschaften und Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei. Daß er das Organ der Berliner Genossen ist, behauptet der Verlag nicht mehr, noch viel weniger, daß der neue „Vorwärts“ der Kontrolle der Parteigenossen untersteht, wie das in allen Parteiblättern der Fall ist. Nun sind die Gewerkschaften nicht ohne weiteres identisch mit den Leitern der Gewerkschaften. Schon immer haben in verschiedenen Gewerkschaften die Mitglieder in den verschiedensten Fragen eine ganz andere Meinung als ihre Führer zum Ausdruck gebracht. In voriger Woche haben die Berliner Holzarbeiter eine prächtige Solidaritätserklärung für die in schwerem Kampfe liegenden Berliner Genossen beschlossen. Sie nahmen in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu den Fragen, ob der Verband in dem neuen Mehrheitsvorwärts Publikationen erlassen soll. Ueber den Verlauf der Versammlung berichtet die „Leipziger Volkszeitung“:

„Der Saal war sehr gut besetzt. Die Kritik, die von der Mehrheit der Redner am jetzigen „Vorwärts“ geübt wurde, war im Ton meist ruhig und leidenschaftslos, in der Sache aber äußerst scharf. Der „Vorwärts“ in seiner gegenwärtigen Form sei kein Arbeiterblatt, wurde ausgeführt. Der Parteivorstand habe zur Rechtfertigung seines Vorgehens immer auf die Ursachen verwiesen: „Wir mußten die Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel entlassen.“ Beim Boykott der Berliner aber sieht er nur diesen, aber nicht seine Ursachen. Solange die Spitzen der Gewerkschaften, die Legien, Kloth usw., den „Vor-

*) Bebel, „Aus meinem Leben.“ 2. Teil, S. 133/134. (Die gesperrten Zeilen sind bei Bebel unterstrichen.)

wärts“ boykottierten, war das kein Verbrechen. Jetzt, wo die Arbeitermassen den „Vorwärts“ nicht mehr mögen, ist es dazu geworden. Sollte dieser „Vorwärts“ dabei zugrunde gehen, so wäre das ein großer Gewinn. Denn es bedeute, daß der alte „Vorwärts“ wiederkehren würde. Aber die Zertrümmerung des „Vorwärts“ habe dann der Parteivorstand sich wegen seines Verhaltens selbst zuzuschreiben. Es wurde verlangt, daß unter den jetzigen Kriegsverhältnissen den Arbeitern nicht auch noch die geistige Kost verfälscht werde. Weiter wurde aufgefodert, sich diejenigen Gewerkschaftsführer näher anzusehen, die die jetzt vom „Vorwärts“ gepredigte Politik unterstützen.

Von den wenigen Rednern, die gegen die Argumente anzukämpfen versuchten, wurde der Standpunkt des Parteivorstandes ebenfalls nicht durchweg gebilligt; aber, erklärten die Redner, die trotz ihrer Mißbilligung des Parteivorstandes den gestellten Anträgen widersprachen, es ginge gegen ihr proletarisches Gefühl am Ruin eines Arbeiterblattes mitzuarbeiten. Der Vorsitzende Glöde wandte sich gegen die gestellten Anträge, weil er es für notwendig hielt, den Parteistreit aus den Gewerkschaften fernzuhalten. Ihm wurde erwidert, daß es ja der Vorsitzende der Generalkommission, Begien, selbst gewesen sei, der die Gewerkschaftsangelegten zur Teilnahme an dem Parteistreit aufgerufen habe. Glöde machte den Vermittlungsvorschlag, daß man außer im „Vorwärts“ auch in der „Leipziger Volkszeitung“ inserieren möge, um denjenigen Mitgliedern Rechnung zu tragen, denen der „Vorwärts“ nicht zugestellt wird, weil sie die Zahlung des Abonnementsgeldes verweigert haben. Man könne nun einmal das einzige Arbeiterblatt am Orte zur Publikation nicht entbehren. Es sei notwendig, Branchenversammlungen noch in letzter Stunde durch Inserat bekanntzugeben. Das gewerkschaftliche Leben der Berliner Holzarbeiter werde durch den Verzicht auf diese Möglichkeit empfindlich gestört. Die Versammlung ließ sich aber durch keinerlei Argumente in ihren Ansichten irremachen. Mit überwältigender Majorität wurde beschlossen, den Vorwärts nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen. Die Versammlungsanzeigen sollen in Zukunft durch die „Holzarbeiterzeitung“ zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden. Ist dies bei Branchenversammlungen nicht möglich, so soll zu diesen durch Handzettel eingeladen werden.

Damit hat die zweitgrößte Berliner Gewerkschaftsorganisation — eine Eskitruppe der Berliner Arbeiterchaft — über den Mehrheits-„Vorwärts“ ein geradezu vernichtendes Urteil gefällt! — (Ein Bravo den Berliner Holzarbeitern!)

Es ist zu erwarten, daß die Mitglieder der anderen Gewerkschaften sich ebenfalls regen und den Beweis liefern, daß sie nicht ruhig mit sich spielen lassen und nur der Politik ihrer Führer gedankenlos nachlaufen.

Die Opposition marschiert.

Die „Magdeburger Volksstimme“ berichtet in ihrer Montagsnummer:

„Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg fand am Sonntag im Fürstenhof statt. Ueber das Thema „Die Krise in der Sozialdemokratie“ sprachen die Reichstagsabgeordneten Haase und Landsberg. Nach einer kurzen Diskussion wurde über zwei Resolutionen abgestimmt, deren eine das Verhalten der Reichstagsfraktion mißbilligt, während die zweite sich auf die Seite der Mehrheit stellte. Für die erste Resolution wurden 174 Stimmen gezählt (nicht 184, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde), für die zweite 110 Stimmen. Einen näheren Bericht über den Verlauf der Versammlung können wir zurzeit nicht bringen.“

Bekanntlich gehört Genosse Landsberg, der Vertreter Magdeburgs im Reichstag, zu den eifrigsten Befürwortern der Mehrheitspolitik. Er erfreute sich darin der lebhaften Unterstützung der Magdeburger Volksstimme, die ihren Lesern alles vermittelte, was ihren eigenen Standpunkt stützen konnte, dagegen die Meinung der anderen Seite entweder gar nicht oder im Zerrbild wiedergab. Um so höher ist das Abstimmungsergebnis zu bewerten.

Bemerkenswert ist noch, daß der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Beims, als er sah, daß die Mehrheit auf unserer Seite war, vorschlug, die Resolution der Mehrheit zurückzuziehen, wenn die andere Seite das auch täte. Er hatte aber mit diesem Vorschlag kein Glück, die Versammlung bestand auf Abstimmung und Auszählung.

Sie sind doch sonst nicht so!

Ein Opfer.

Ein Opfer haben alle die Genossen und Genossinnen auf sich genommen, die in der hentigen schnelllebigen Zeit sich entschlossen haben, in Ausführung der Verbandsbeschlüsse und in gerechter Abwehr gegen die vom Parteivorstand betriebene Gewaltpolitik ein auswärtiges Parteiblatt zu abonnieren. Jeder weiß, daß ein nicht in Berlin erscheinendes Blatt nie einen vollen Ersatz für ein Berliner Parteiblatt bieten kann und bieten wird und daß alles in Bewegung gesetzt werden muß, um baldigst wieder im Besitz eines eigenen Blattes zu gelangen. Diese Zeit wird und muß kommen, darüber sollen sich die Gewaltmenschen in der Lindenstraße 3 nicht täuschen. Zunächst bestehen die Berliner Genossen weiter auf ihr Blatt, das ihnen gehörte und nun entrisen ist und sie führen den Kampf unermüdet weiter. Er muß zum Ziele führen, so oder so. Inzwischen steigt die Zahl der Abonnenten auf die „Leipziger Volkszeitung“ und den „Braunschweiger Volksfreund“ fortgesetzt, trotz mancher Unbequemlichkeiten und Verdrießlichkeiten, die der Bezug auswärtiger Blätter im Gefolge hat. Es zeigt sich, daß unsere Genossen in diesem Abwehrkampfe manches Opfer auf sich nehmen, wissen sie doch, daß sie damit für ihre eigene Sache wirken.

Gestohlene Todesanzeigen.

Gibt es so etwas auch? wird mancher fragen. Die Antwort muß bejahend erteilt werden. In Rücksicht auf den Vorwärtsraub haben die Wahlvereine Groß-Berlins es für richtig erachtet, die Anzeigen

Über verstorbene Mitglieder nicht im neuen „Vorwärts“, sondern im „Mitteilungsblatt“ zu veröffentlichen. Bald nach dieser Veröffentlichung waren diese Inserate auch im „Vorwärts“ zu finden, ohne daß die Wahlvereine der Expedition die Inserate übergeben hatten. Man hatte dort einfach die Todesanzeigen aus dem „Mitteilungsblatt“ entwendet, aber den Anschein erweckt, als wären die Wahlvereine die Auftragserteiler für die Vorwärtsinserate. Es ist ja sehr nett, daß der neue „Vorwärts“ so generös ist, unentgeltlich Todesanzeigen abzurufen, die früher bezahlt werden mußten, aber die Wahlvereine müssen sich schon vorbehalten, selber zu bestimmen, wo sie Anzeigen veröffentlichen wollen. Sie sind zwar wehrlos gegen das große Entgegenkommen, aber feststellen wollen sie doch, daß sie unschuldig sind an diesen Veröffentlichungen.

Lebensmittelnachrichten.

Die Kartoffelknappheit hält an und es scheint, daß auch eine gewisse Zurückhaltung der Kartoffeln ein Teil Schuld trägt, weil vom 1. Februar ab der Preis für Kartoffeln gewissermaßen automatisch steigt. Vom 1. Januar ab dürften neue Kartoffelarten zur Ausgabe gelangen, die Zehntelabschnitte erhalten. Auf den Kopf entfallen von diesem Zeitpunkt ab $\frac{3}{4}$ Pfund pro Tag und Kopf. Es tritt auch insofern eine Neuerung ein, als vom 1. Januar ab all die Personen, die in Gastwirtschaften speisen, Kartoffeln nur gegen Abtrennung der Kartoffelmarken erhalten. Bisher wurden in den Gastwirtschaften in Groß-Berlin Kartoffeln ohne Marken verabreicht, im Gegensatz zu anderen Orten, wo die Kartoffelkarte stets angerechnet wurde.

Die Anmeldungen zur Volksspeisung steigen, und es dürfte baldigst auch in allen größeren Fabriken Massenspeisung eingerichtet werden. Geklagt wird allgemein, daß das Essen sehr dünn ist und die Arbeiter von einer Portion nicht satt werden, ganz abgesehen davon, daß Arbeiter eine kräftigere Nahrung haben müssen, als die jetzt verabreichte, wenn sie ihre Arbeit verrichten sollen.

Von der Zuckerverorgungsstelle des Berliner Magistrats wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Einwohner Berlins, die beabsichtigen, ihren Zucker von einem anderen als dem bisherigen Händler zu beziehen, dieses auf Grund der Verordnung vom 13. September 1916 bis 10 Tage vor dem 1. Januar 1917 bewirken müssen. Nur diejenigen, die eine Veränderung vornehmen, müssen sich von dem bisherigen Lieferanten eine Bescheinigung darüber geben lassen, daß und vom welchem Tage sie in dem Kundenverzeichnis gelöscht worden sind. Mit dieser Löschungsbescheinigung haben sie sich an denjenigen Kaufmann zu wenden, von dem sie für die Folge ihren Zucker beziehen wollen. Bei der Anmeldung beim neuen Lieferanten muß die Bescheinigung über die Löschung beim alten Lieferanten vorgelegt und dem neuen Lieferanten abgegeben werden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren

weist darauf hin, daß es erwünscht ist, die in voriger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Verbandes betreffend Weihnachtunterstützung an die Frauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder in den weitesten Kreisen bekannt wird, damit alle in Betracht kommenden Frauen Unterstützung erhalten.

Amtsgericht und Vorwärtsredakteure.

Die auf Antrag Fischers erlassene famose einseitige Verfügung vom 15. November 1916, die den Redakteuren Genossen Reid, Stadthagen und Ströbel das Betreten der Redaktion bei Vermeidung einer Strafe bis 500 Mark verbot, ist auf Antrag der Redakteure aufgehoben.

§ 344. 16.

Beschluss.

In Sachen der offenen Handelsgesellschaft „Vorwärts“ Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., vertreten durch den Rechtsanwalt

Dr. Heinemann, hier, Friedrichstr. 48

gegen

1. den Redakteur Carl Reid, Berlin, Pankstr. 52,
2. den Redakteur Heinrich Ströbel, Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 98,
3. den Redakteur Artur Stadthagen, Berlin, Schöneberger Ufer 18.

wird auf Antrag des Redakteurs Stadthagen gemäß § 94 Abs. 3 ZPO. die gegen ihn ergangene einseitige Verfügung vom 15. November 1916 wieder aufgehoben.

Berlin, den 16. Dezember 1916.

Kgl. Amtsgericht Berlin Mitte, Abt. 76.

gez. Günther.

Nun kann Fischer seinem juristischen Berater Heinemann neue Aufträge gegen hinausgeworfene Genossen erteilen.

Arbeiterbildungsschule.

Sonnabend, den 23. Dezember findet der achte und letzte Vortrag im Kursus des Genossen Eduard Bernstein: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Vorabend des Weltkrieges“ statt. Zur Behandlung kommt das Thema: Der Kampf um die Theorie und die Sozialdemokratie in der Internationale.

Der sozialistische Revisionismus und Reformismus; die Parteitage von Hannover (1899) und Dresden (1903). — Der sozialistische Nationalismus: Maurenbrecher und Hildenbrand. — Die deutsche Sozialdemokratie in der Internationale der Arbeiter: Resolutionen gegen Ministerialismus (Paris 1900 und Amsterdam 1904). Die Stellung zur Frage des Massenstreiks gegen den Krieg: in Brüssel 1891, Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910. Der Baseler Kongress von 1912 und das deutsch-französische Verständnis.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17; Neufölln „Idealcasino“, Idealpassage; Oberschöneweide, Clarastr. 2, Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6, Vortrag von Herrn Ernst Rötter „Goethes Faust, 2. Teil“. Gasse willkommen.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Artikel: „Aus der Winkelagentur des Vorstands-Vorwärts“ in Nr. 13 des Mitteilungsblattes hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Auf Seite 8 muß es am Schlusse des ersten auf das Zitat aus der 3. K. folgenden Absatzes richtig heißen: „... konnte die Konferenz ruhig (statt nicht) weitergehen und ihre Tagesordnung erledigen.“

An die Kreis- und Ortsvorstände!

Im „Mitteilungsblatt“ soll in Zukunft ein kleines Spiegelbild über das Parteileben in den einzelnen

Kreisen und soweit das möglich ist, auch aus einzelnen Orten gegeben werden. Auch sollen alle Veranstaltungen wie Les- und Zahlabende, Versammlungen usw. bekannt gemacht werden. Ferner ist beabsichtigt, eine Sterbetafel einzurichten, in der die Namen der verstorbenen Mitglieder verzeichnet werden sollen. Die Genossen werden gebeten, alle für das „Mitteilungsblatt“ bestimmten Veröffentlichungen bis spätestens **Donnerstag früh** nach dem Verbandsbüro, Lindenstraße 3, 4, Hof III Treppen, gelangen zu lassen.

Nachruf.

1. Wahlkreis.

Am 7. Dezember verstarb unsere Genossin

Olga Prenzel.

Am 10. Dezember verstarb unser Genosse, der Bauarbeiter

August Bickelbein, Raupachstr. 14.

Am 13. Dezember verstarb unser Genosse, der Barbier

Ernst Herzberg, Friedenstr. 61.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung des Genossen Herzberg findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 1/2 3 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

6. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 9. Dezember, verstarb unser Genosse, der Schlosser

Ernst Borsdorf, Rheinsbergerstr. 78.

Ehre seinem Andenken!

Am 5. Dezember verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Carl Jäger, Wiesenstr. 33.

Ehre seinem Andenken!

Wahlverein Neukölln.

Am 8. Dezember starb unser Genosse

Paul Graupe, Heidelbergerstr. 81.

8. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Am 11. Dezember verstarb unsere Genossin

Luise Krüger

Lichtenberg, Weserstr. 27, 1. Viertel, 19. Gruppe, im Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle Lückstraße statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Bezirksleitung.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 15. November unser Genosse, der 31 Jahre alte Schriftsetzer

Willi Nickel

Ballasstr. 28, 1. Abt., Bez. 82.

4. Wahlkreis.

Im Dezember fiel im Alter von 37 Jahren der Schuhmacher

Wilhelm Uther

Glogauerstr. 31, Bezirk 207 I.

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 11. Dezember, verstarb im Feldlazarett, 25 Jahre alt, der Buchdruckerei-Gilfsarbeiter

Adolf Meyer

Ruppinerstr. 22, 9. Abt., Bez. 589.

Im Lazarett verstarb der 30 Jahre alte Maler

Alwin Lipper

Stolpischerstr. 21, 6. Abt., Bez. 569.

Wahlverein Adlershof.

Am 16. Oktober 1916 fiel im Osten unser Genosse

Fritz Woithe

33 Jahre alt, durch Granatsplitter im Kopf.

Wahlverein Neukölln.

Im Feldlazarett starb am 30. November der Eisenhobler

Georg Debschütz

Hermannstr. 46, 20. Bezirk.

Am 21. Mai fiel im Felde der Händler

Theodor Jünger

Nectarstr. 8, 7. Bezirk.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim. Bezirk Lichtenberg.

An den Folgen seiner Verletzung starb am 29. November im Lazarett von Comptes, der Genosse

Arthur Schramm

34. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!